This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Wed Nov 25 1:20:27 2026 / +0000 GMT

Öffentliche und kostenlose Mieterberatung in Spandau

Öffentliche und kostenlose Mieterberatung in Spandau

Die seit Jahren bekannte öffentliche Mieterberatung, die kostenlos für alle in Spandau sowie auch in anderen Bezirken zur Verfügung steht, hat sich gerade auch während der Pandemie verstärkt. Sie ist für viele Mieter der letzte Weg, um klar in ihren Mietverhältnissen, die durch Mietendeckel, Nebenkosten, Modernisierungen und maroden Gebäudeteilen immer undurchschaubarer geworden sind, durchzublicken.

Wir als gemeinnütziger Verein stehen in unserer Geschäftsstelle 37 Stunden pro Woche an fünf Tagen zur Verfügung, damit eine breite Masse der Bevölkerung diese kostenlose Mieterberatung in Anspruch nehmen kann. Wenn man diese Zeit hochrechnet, ohne Sommerpause, nur mit einer einwöchigen Unterbrechung zur Weihnachtszeit, kommen wir auf eine Gesamtstundenzahl von über 1800 Stunden und das mit mehreren Beratern und Rechtsanwälten, die hier die Hilfe anbieten können. Insgesamt dürften die Beratungsstunden einschließlich der Hausbesuche und telefonischen Auskünfte in etwa bei 3 bis dreieinhalbtausend zu beziffern sein. Zu den üblichen Mieterberatungsstunden kommen noch die Beratungen im Rahmen des Verbraucherschutzes hinzu, die ebenfalls sehr zahlreich wahrgenommen werden.

Der Beratungsbedarf wird auch in Zukunft ansteigen, denn wir haben es vermehrt mit Vermietern zu tun, die sich entweder auf den Markt drängen oder vom Markt plötzlich verschwunden sind. Die maroden Siedlungen, über Spandau verteilt, führen zu erheblichen Beeinträchtigungen der Mieter durch Aufzugsausfälle, Stromausfälle, Wasserschäden, Asbestbelastungen, Schimmelbildung und zusammenbrechende Versorgungsleitungen. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Rendite der Vermieter aus den Nettokaltmieten durch die Gesetzgeber festgelegt werden muss, und zwar so, dass ein Teil der Nettokaltmiete, mindestens 40%, zum Erhalt der Wohnungen und Gebäude als Rücklage verwandt werden muss. Wir stehen vor großen Umbrüchen und die Mieter haben zu Recht Befürchtungen, denn auch der Verlust der Wohnungen droht aufgrund der Mieten Entwicklung in unserer Stadt.